

Sehr geehrter Herr Haas, sehr geehrter Herr Dürr,

die Politiker haben schon lange den Bezug zur Basis – den Menschen deren Interessen sie eigentlich vertreten sollten – verloren.

Wie kann es sein, dass in einem Gesundheitssystem wie dem unseren, seit Jahren nur Palaver von den Verantwortlichen gemacht wird, aber keine Taten folgen. Sei es die Einführung von Fallpauschalen, der stetige Fachkräftemangel bei Ärzten, Schwestern, Pflegepersonal usw, das Abrechnungssystem der Ärzte mit den jeweiligen KVen – das ganze Gesundheitssystem ist inzwischen überwiegend ökonomisch ausgerichtet. **Der Mensch kommt erst an zweiter Stelle!** Das gilt sowohl für die Vergütung der im Gesundheitssystem Tätigen als auch für die Leistungen, welche durch die GKV und PKV den Kranken und Bedürftigen gewährt werden.

Das der Gesetzgeber jetzt in diesen schwierigen Zeiten noch eine Impfpflicht für die in der Pflege und Betreuung Tätigen einführt sehe ich als reine Willkür der Bundesregierung und des Herrn Lauterbach, zumal es ja erwiesen ist, dass geimpfte Personen das Virus genauso übertragen können wie ungeimpfte. Ich habe immer mehr das Gefühl, dass man generell alle Bürger impfen lassen möchte und das jetzt scheinbarweise einführt. Warum führt man nicht eine Testpflicht für alle die in diesen Bereichen tätig sind ein – für Geimpfte und Ungeimpfte? Mit den entsprechenden Tests und den sonstigen Sicherheitsmaßnahmen wäre das auf jeden Fall die bessere Lösung. Vor allem sollte man seitens der Regierenden auch mal Fachleute zu Wort kommen lassen, die nicht auf der aktuellen Regierungmeinung liegen, und deren Statements in die Beurteilung zur Maßnahmenbildung mit einbeziehen. Es sind inzwischen viele Bürger zum dritten Mal geimpft und trotzdem gehen die Zahlen der Infizierten horrent nach oben. Die Zahlen auf den Intensivstationen bleiben aber weitgehend konstant – diese letzteren Informationen werden aber seltsamerweise nicht so sehr publiziert – ich frage mich was damit wohl bezweckt werden soll??

Wir als Pflegende zu Hause werden von der Politik sowieso ganz vergessen! Ich habe Mitte vorletzten Jahres Herrn Spahn angeschrieben, um auf die Situation der zu Hause Pflegenden aufmerksam zu machen und mit welchen Schwierigkeiten wir alleine gelassen werden – geschlossene Werkstätten und Kurzeiteinrichtungen, keine Unterstützung durch die ambulanten Pflegedienste aufgrund Personalmangel und Kontaktbeschränkungen durch Corona, täglich immer wiederkehrende Probleme mit allen möglichen Ämtern, um Geld- und Sachleistungen zu erhalten, die man als zu Hause Pflegender eigentlich dringend benötigt. Habe ihn auch darauf hingewiesen, dass es nicht ausreicht, dass die Regierenden in Berlin irgendwelche Gesetzesänderungen zum Wohle der Pflegebedürftigen beschließen um sich danach in den Medien feiern zu lassen, sondern dass solche Änderungen auch in der Hierarchie nach unten durchkommuniziert werden müssen, damit die Sachbearbeiter an der Front einen entsprechenden Informationsstand und auch Entscheidungsspielraum haben. Ich habe nach

einem halben Jahr reklamiert, dass ich keine Antwort bekommen habe – es kam dann eine Rückmeldung eines Sachbearbeiters mit Entschuldigung und Bla-Bla.

Ich habe auch Anfangs 2021 eine Anfrage an unseren Landtag hinsichtlich des Entlastungsbetrags nach § 45b SGB gestellt, nachdem ich erfahren hatte, dass in RP, Hessen, NRW und Sachsen eine Verordnungsanpassung zum temporären Verzicht auf die Qualifikationsvoraussetzungen zum Zugang der § 45b Mittel des SGB XI durch die Landtage genehmigt wurde und dadurch auch für den Nachbarn von nebenan der Entlastungsbetrag durch die Pflegekasse übernommen wurde. Die Abgeordneten in unserem Landtag habe meine Anfrage dann an das Sozialministerium weitergeleitet. Von da kam dann eine Rückmeldung mit Stellungnahme der LIGA der freien Wohlfahrtsverbände, die sich strikt gegen eine Förderung von Einsatzkräften ohne Qualifikation ausgesprochen hat. Aufgrund dessen hat mir der Landtag die Unterstützung meines Anliegens versagt.

Ich sehe in unserem Staate das immer größer werdende Problem, dass Entscheidungen nicht zu Gunsten des Bürgers getroffen werden, sondern dass das Gemauschel von Politik, Lobbyisten, Verbänden usw. mehr und mehr in den Vordergrund tritt. Jeder versucht irgendwo seine eigenen Interessen auf Kosten des Bürgers durchzusetzen.

Es ist daher absolut wichtig, dass zu dem Thema Impfpflicht für die Mitarbeiter in Pflege und Betreuung und der damit verbundenen noch viel größer werdenden Personalnot in diesen Bereichen, eine breite Öffentlichkeit hergestellt wird. Die Einbindung von Politikern alleine wird bei weitem nicht ausreichen – es ist hinreichend bekannt, dass diese Klientel erst durch den Druck der Öffentlichkeit in die Gänge kommt. Deswegen muss dieses Thema öffentlichkeitswirksam aufbereitet und verbreitet werden.

In letzter Konsequenz sind die Leidtragenden wie immer unsere Kinder und Angehörigen mit Handycap und von uns als Betreuern ganz zu schweigen, da unsere Damen und Herren Politiker kein Ahnung davon haben (die allermeisten zumindestens) was es heißt, tagtäglich für einen behinderten Menschen da zu sein – man wird nicht gefragt, ob es einem gut geht oder nicht – man muss in der Regel einfach funktionieren.

Wenn das mit der Impfpflicht vom Gesetzgeber so durchgesetzt wird, werden die (Belastungs-)Probleme mit der Pflege in den Familien mit Sicherheit um einiges größer werden, da die Zeit zum Luft holen für die Pflegenden zu Haus noch weiter reduziert wird, dadurch dass die entlastenden Maßnahmen wegen des gesetzlich verordneten Personalschwundes weniger werden. Viele pflegende Angehörige sind jetzt schon an den Grenzen der Belastbarkeit angelangt – wie sich das dann weiter entwickeln wird, kann man sich an den zehn Fingern abzählen.

Ich habe das Vertrauen in unsere Politik inzwischen komplett verloren!

Falls Sie noch Rückfragen haben, können Sie mich jederzeit kontaktieren

Liebe Grüße

Horst Götz